



Mit den „WIDE-Updates“ bieten wir Einblicke in feministische Diskussionen zu „Gender & Development“ – Analysen und Positionen zu Geschlechtergleichstellung und für soziale Gerechtigkeit

WIDE-Update 1/2024

## Just Transition

### Klimakrise und gerechter Wandel: „Leave no woman behind!“

#### Inhalt

- Einleitung 1
- Frauen\*widerstand und Erfolge 1
- Feministischer Blick auf die COP28 2
- Schritte zu einer gendergerechten nachhaltigen (Energie-)Wirtschaft 4
- Neokoloniale Energiewende? 7
- Mobilität, Gesundheit 9
- Gender, Klimakrise und Konflikte 11
- Glossar / Abkürzungen 13

#### Einleitung

Es ist nicht das erste WIDE-Update, in dem wir uns mit dem Thema „sozial- und gendergerechte Energiewende“ beschäftigen. Das ist kein Zufall, denn im WIDE-Netzwerk haben wir uns in den letzten Jahren sehr intensiv mit Fragen der Klimagerechtigkeit auseinandergesetzt.

Die ökologischen Verwerfungen, die die Klimakrise mit sich bringt, verschärfen die soziale Ungleichheit. Frauen\* zählen aufgrund gender-spezifischer Diskriminierung und wegen ihren Care-Verpflichtungen rasch zu den besonders Benachteiligten.

Doch Frauen\* leisten Widerstand, und es gibt immer wieder punktuelle Erfolge, wie jüngst die von den Schweizer *KlimaSeniorinnen* gewonnene Klage vor dem Europäischen Menschenrechtsgerichtshof.

Viele kleine und noch viel mehr große Schritte sind notwendig, um den Ausstieg aus der

fossilen Energie zu bewerkstelligen. Davon, wie die Energiewende auf sozial und gendergerechte Weise (vielleicht ja doch!) zu schaffen wäre, handelt dieses WIDE-Update.

Es entbehrt nicht der Tragik, dass ausgerechnet eine „grüne Wende“ alte Formen von Ausbeutung und Neokolonialismus im Globalen Süden mit sich bringt, wie Süd-Frauen\*organisationen monieren.

Österreich trägt als Industrieland historische Mitverantwortung an der Klimakrise. Die hiesige Politik muss entschlossener handeln und dabei auf kritische (Frauen\*-)Stimmen hören.

Wir wünschen allen Klima-Aktivist\*innen – und damit uns allen – viel Erfolg, und Ihnen/Euch eine interessante Lektüre!

#### Frauen\*widerstand und Erfolge

#### Afrikanerinnen fordern radikales Handeln auf Frauen-Klimaversammlung in Lagos

Die Stimmen von 150 afrikanischen Frauen waren auf der zweiten „Women's Climate Assembly“ im September 2023 zu hören, zu der Teilnehmerinnen\* aus 17 Ländern Zentral- und Westafrikas in Lagos (Nigeria) zusammenkamen, um mehr über ihre gemeinsamen Kämpfe zu erfahren und sich auszutauschen. Das Treffen brachte die Frauen unter dem Motto „African Women

*Unite for Climate Justice, Reparations, and Development Alternatives!*“ zusammen.

Von der sich verschärfenden Klimakrise sind afrikanische Frauen unverhältnismäßig stark betroffen, doch ihre Stimmen und Kämpfe werden von Regierungen, multinationalen Unternehmen und Eliten, die den Profit über die Menschen und den Planeten stellen, oft nicht beachtet und übergangen.

Das Treffen fand vor der UN-Klimakonferenz COP28 in Dubai Ende 2023 statt, die bereits im Vorfeld dafür kritisiert wurde, von den Umweltverschmutzern\* in Beschlag genommen zu werden, um Lobbyarbeit für ihre ureigenen Interessen zu betreiben, falsche Lösungen zu propagieren und ihre schmutzigen Öl- und Gasaktivitäten auf dem Kontinent „grün zu waschen“.

Die Frauen forderten, dass die Stimmen der Afrikaner\*innen im Mittelpunkt der Diskussionen stehen müssen, denn sie sind es, die am wenigsten von der Plünderung des natürlichen Reichtums des Kontinents profitiert haben.

Es sei an der Zeit, dass die Verschmutzer\*innen ihre historische Schuld für die Verluste und Schäden begleichen, die Afrika am stärksten zu spüren bekommen hat – von zunehmender Ernährungsunsicherheit über Klimaflüchtlinge bis hin zu einer wachsenden humanitären Krise. (CT)

Kebetkache Women Development & Resource Centre & WoMin African Alliance (2023): [African Voices Call for Radical Action at Women’s Climate Assembly](#)

## Schweizer KlimaSeniorinnen bekommen Recht

Die *KlimaSeniorinnen Schweiz* hatten vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) Klage gegen die Schweiz eingebracht.

Sie erklären ihren Schritt so: *„Die Klimaerwärmung macht Menschen krank. Wir ältere Menschen gehören dazu: Wegen der häufigeren und intensiveren Hitzewellen steigen die Risiken, frühzeitig krank zu werden oder zu sterben, für uns übermäßig an. Außerdem müssen wir heute handeln, um unsere Nachkommen vor noch viel schlimmeren Auswirkungen zu schützen. Wir klagen, weil alles, was uns lieb ist, auf dem Spiel steht.“*

Der EGMR ließ den Verein *KlimaSeniorinnen* als klageberechtigt zu. Er begründete das unter anderem damit, dass der Klimawandel ein gemeinsames Anliegen der Menschheit sei und kollektive Interessen und Maßnahmen betreffe, weshalb Vereine, die Klimaschutz als Zweck haben, geeignet seien, diesen für ihre Mitglieder vor dem EGMR durchzusetzen. Auch vor dem Hintergrund der Aarhus-Konvention sei es zulässig, als gemeinnütziger Verein mit Ziel den Klimawandel zu bekämpfen, vor dem Gerichtshof zu klagen. *(Die Aarhus-Konvention ist ein völkerrechtlicher Vertrag der UNECE für Europa, der jeder Person Rechte im Umweltschutz zugesteht.)*

Die Opferstellung der klagenden Einzelpersonen wurde im Urteil hingegen verneint, mit der Begründung, dass keine ausreichende Intensität der individuellen Betroffenheit vorliege.

Fazit des österreichischen *Ökobüros*, welches das Urteil analysiert hat: Mit den vom Gerichtshof klar aufgestellten Kriterien im Urteil *KlimaSeniorinnen* gibt der EGMR eine Anleitung dafür, wie vor allem Umwelt- und Klimaschutzorganisationen zukünftig Klimaklagen einbringen können. Der EGMR hält in seinem Urteil aber auch fest, dass Gerichtsurteile nicht ersetzen könnten, was die Aufgabe der Gesetzgeber\*innen und Verwaltung in Sachen Klimawandelbekämpfung sei. (CT)

KlimaSeniorinnen Schweiz (o.J.): [Klimaklage. Wir haben gewonnen!](#)

Ökobüro (29.4.2024): [Klimaklagen vor dem EGMR: Was der Sieg der KlimaSeniorinnen für Umweltorganisationen bedeutet](#)

## Feministischer Blick auf die COP28

### Ökofeministische Reflexion der UN-Klimakonferenz 2023

Vertreterinnen\* von *Women Engage for a Common Future* (WECF), einer internationalen feministischen Umweltorganisation, haben an der UN-Klimakonferenz, die im Dezember 2023 in Dubai stattgefunden hat, teilgenommen und sich für ökofeministische Lösungen stark gemacht.

Ihre Einschätzungen der Konferenzergebnisse haben sie in einem Blogbeitrag zusammengefasst.

Sie berichten, dass die Verabschiedung eines neuen Gender-Aktionsplans (GAP) auf das Frühjahr 2024 verschoben wurde, wobei der Beschlusstext dazu abgeschwächt wurde, indem zum Beispiel einige Staaten die Ergebnisse eines Workshops, den es dazu auf der Konferenz gegeben hatte, nicht anerkannten, und Verweise auf lokale Communities und indigene Frauen herausgestrichen wurden. In Anbetracht der Widerstände ist offen, wie der neue GAP aussehen wird.

Positiv vermerkt wird, dass in der „Bestandsaufnahme“ die Bedeutung geschlechtsspezifischer Ansätze als Weg für künftige Klimaschutzmaßnahmen anerkannt wird. Es fehlen jedoch weitgehend Verweise auf die Menschenrechte, und WECF kritisiert, dass die Staaten nicht dazu aufgefordert werden, verstärkt geschlechtsspezifisch aufgeschlüsselte Daten in der nächsten nationalen Umsetzungsrunde („*Nationally-Determined Contributions*“) zu erheben und zu verwenden, obwohl WECF diese Forderung seit Jahren in den entsprechenden Gremien erhoben hat.

„Just Transition“ war ein zentrales Thema dieser COP. Der dazu beschlossene Text war insofern enttäuschend, als nur unverbindlich von der Schaffung von Räumen für den Erfahrungsaustausch die Rede ist, ohne konkreten Zielsetzungen. Das Ergebnis entspricht teilweise Forderungen der Zivilgesellschaft, wie jener nach einer Mittlerfunktion der internationalen Zusammenarbeit bei der Umsetzung des Arbeitsprogramms und der Anerkennung gemeinsamer, aber differenzierter Verantwortung der Staaten.

Positiv sei, dass erwähnt wird, dass ein gerechter Energiewandel über Dialog, sozialen Schutz und unter Anerkennung der Arbeitnehmer\*innen-Rechte erfolgen muss. Die Anerkennung der Menschenrechte und der Rechte der Frauen sowie die Einbeziehung unbezahlter, prekärer und informeller Arbeit, insbesondere der Pflegearbeit, bleiben jedoch unerwähnt.

Zu Landwirtschaft und Ernährungssicherheit gab es neuerlich keinen Beschluss. In Anbetracht der desaströsen Auswirkungen der konventionellen industriellen Landwirtschaft

auf Klima und Biodiversität (wie Abholzung der Wälder; Schäden durch synthetische Düngemittel und Pestizide), zeige sich, wie viel Arbeit noch zu leisten ist, um zu echten, auf Rechten basierenden, von lokalen Communities geführten, kleinbäuerlichen agrarökologischen Alternativen zu gelangen, meint WECF.

Bei den Verhandlungen zu „Marktmechanismen“ gab es keine Einigung. Das Scheitern in diesem Bereich wird von WECF jedoch als positiv gesehen, weil Technologieförderung nicht auf Kosten der von Emissionssenkungen priorisiert werden darf.

Ein Indiz dafür, dass einige Regierungen und Unternehmen auf Biegen und Brechen ihr „business as usual“ fortsetzen wollen, sind für WECF langwierige Diskussionen über „carbon capture“ (Kohlendioxid-Abscheidung), in denen deutlich wurde, wie stark der Trend ist, problematische, unbewiesene und riskante technische Lösungen fördern zu wollen, anstatt (historische) Verantwortung zu übernehmen und sich zu einem gerechten und dringenden Ausstieg aus fossilen Brennstoffen zu verpflichten. (CT)

Women Engage for a common Future (21.12.2023):  
[WECF to COP28: an ecofeminist reflection](#)

## Loss & Damage Fund: Die Weichen jetzt richtig stellen!

Die Einrichtung eines Fonds zur Kompensation erlittener Schäden und Verluste durch den Klimawandel war der Erfolg gleich zu Beginn der UN-Klimakonferenz, die im Dezember 2023 am umstrittenen Tagungsort Dubai abgehalten wurde.

Das Heinrich-Böll-Institut hat eine hilfreiche Übersicht und Analyse zum neuen „Loss & Damage Fund“ (LDF) veröffentlicht.

Allen Entwicklungsländern, die besonders anfällig für die negativen Auswirkungen des Klimawandels sind, soll mit diesem Fonds ein schneller und unbürokratischer Zugang zu Finanzmitteln zur Bewältigung von Verlusten und Schäden ermöglicht werden.

Sehr vieles ist allerdings noch offen. Die Weltbank wird den Fonds in der Aufbauphase managen. Es gibt anfängliche Finanzausgaben, aber keine längerfristige Kapitalisierungsstrategie. Es ist auch unklar, inwieweit auch Kredite vergeben werden sollen oder ob tatsächlich ein Schadensausgleich vor allem

durch Zuschüsse erfolgen wird. Es ist derzeit auch völlig offen, wie der gewünschte unbürokratische Zugang – und für wen genau – umgesetzt werden soll.

Im Beschluss zur Etablierung des Fonds wird unter anderem auf die UN-Erklärung zum „Recht auf eine saubere Umwelt“ (2022) Bezug genommen.

Der Abschnitt über „Ziele und Zweck“ des Fonds – demzufolge Mittel für Entwicklungsländer und betroffene lokale Gemeinschaften, einschließlich für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen, bereitgestellt werden sollen –, enthält zwar den wichtigen Verweis auf die Gleichstellung der Geschlechter, darüber hinaus jedoch keinen klaren Menschenrechts-Ansatz.

Es sei daher wichtig, vor allem in der Aufbauphase des Fonds durch gezielte Advocacy und die Einbindung von Betroffenen Gruppen Menschenrechtsverpflichtungen für alle LDF-Operationen zu verankern, indem ausdrückliche Verweise in die Modalitäten, Rahmenbedingungen und Politiken aufgenommen werden. (CT)

*Vgl. Kapitel „3.C.IV. Environmental and social safeguards, gender considerations and human rights*

Heinrich Böll Stiftung (Hg.) (18.3.2024) [The Loss and Damage Fund Board: Getting It Right from the Start](#)

## **Südwind & WIDE: NGO-Berichte von der COP28 – Videoausschnitt**

WIDE und Südwind haben im Jänner 2024 einen Online-Talk mit drei NGO-Teilnehmer\*innen an der COP28 zu ihren Einschätzungen der Ergebnisse der UN-Klimakonferenz 2023 organisiert.

Ein Ausschnitt daraus (11min) ist auf Youtube nachzuhören bzw. zu sehen (auf Englisch).

Mit: Mana Omar (SASAL, Kenia), Jasmin Lang (österreichische Jugenddelegierte zur COP28) und Martin Krenn (KOO).

Link: [Online Talk: Feminist & youth perspectives on the Climate Conference 2023](#)

**Weitere Mitschnitte aus einer Online-Talk Serie von WIDE & Südwind zu Klimagerechtigkeit (2023)**

[Gold mining in Sudan: Women, the climate crisis and extractivism](#), mit Sarah Mohammed und Annelise Herzig

[Climate Crisis: Feminist South Perspectives from Colombia](#), mit Gabriela Franco und Juliana Andrade

## **Schritte zu einer gendergerechten nachhaltigen (Energie-)Wirtschaft**

### **Geschlechtergerechtigkeit und nachhaltige Energiezukunft**

Ein umfassender Leitfaden von UNIDO und UN-WOMEN (2023), „Gender Equality and the Sustainable Energy Transition“, möchte einen Beitrag zu einem geschlechtergerechten Übergang in Richtung einer nachhaltigen Energiezukunft leisten, damit Frauen und LGBTQ+-Personen von den wachsenden Chancen im Gender-Energie-Nexus gleichermaßen profitieren und diesen gleichberechtigt mitgestalten können.

Die Publikation untersucht im ersten Hauptteil die unterschiedlichen Bereiche des Gender-Energy Nexus, nämlich:

- (1) Energieinfrastruktur und -zugang
- (2) erneuerbare Energien
- (3) Energieeffizienz
- (4) Energie-Lebensmittel-Nexus
- (5) Gesundheit und Sicherheit sowie
- (6) Kreislaufwirtschaft.

Es wird jeweils ein Überblick und eine Analyse zu den allgegenwärtigen Geschlechterungleichheiten gegeben, um dann anhand von Schlüsselthemen und Projektbeispielen zu jedem Themenbereich die laufenden Bemühungen und Ergebnisse vor Ort zu veranschaulichen.

Das zweite Hauptkapitel widmet sich dann der Vorstellung von Maßnahmen und Strategien zur Stärkung der Beteiligung und Führung von Frauen im Bereich der nachhaltigen Energie.

Es werden Einstiegspunkte und Anleitungen für die Gleichstellung der Geschlechter und die Stärkung der Frauen durch

- (1) Schaffung von Chancengleichheit im nachhaltigen Energiesektor,
- (2) Förderung des nachhaltigen Energieunternehmertums von Frauen,
- (3) Verabschiedung und Umsetzung geschlechtersensibler Energiegesetze, -richtlinien und -institutionen sowie
- (4) in der Finanzierung einer geschlechtergerechten nachhaltigen Energietransition

aufgezeigt.

Jedes Kapitel endet mit einer Übersicht der verfügbaren Materialien und relevanten Forschungspublikationen, die es ermöglichen, sich noch eingehender mit einem bestimmten Themenbereich zu nachhaltiger Energie zu befassen. (DP)

UNIDO & UNWOMEN (2023): [Gender Equality and the Sustainable Energy Transition](#)

## ILO: Policy Briefs zu „Just Transition“

Die Internationale Arbeitsorganisation (*International Labour Organization* – ILO) gibt regelmäßig „Policy Briefs“ zum Thema „Just Transition“ heraus, um das Verständnis der Anwendung der „Guidelines for a Just Transition towards Environmentally Sustainable Economies and Societies for All“ unter Regierungsvertreter\*innen, Arbeitgeber- und Arbeitnehmer\*innen-Organisationen zu vertiefen.

In den Policy Briefs wird herausgearbeitet, was „Just Transition“ in spezifischen Feldern bedeutet. Sie enthalten außerdem Empfehlungen für die Umsetzung durch Länder, internationale Institutionen und andere Akteur\*innen in der akademischen und zivilen Gesellschaft.

Die Themen, die darin besprochen werden, sind etwa die Rolle aktiver Arbeitsmarktpolitik für die Energiewende; „Just Transition“ und Menschen mit HIV/AIDS in der Arbeitswelt; Menschen mit Behinderungen; Arbeitsmigration; indigene Völker; „grüne Jobs“, „grüne Makroökonomie“, kleine und mittlere Unternehmen, oder die Rolle von sozialem Dialog.

„Just Transition“ bedeutet Ökologisierung der Wirtschaft auf eine Art und Weise, dass alle Betroffenen, einschließlich Frauen, einbezogen werden; dass alle menschenwürdige Arbeitsmöglichkeiten bekommen und niemanden „zurückgelassen“ wird.

Das kann zu geschlechtsspezifischen Veränderungen führen. Daher müssen geschlechtsspezifische Überlegungen in die Gestaltung und Umsetzung der Maßnahmen für Just Transition einfließen ebenso wie intersektorale Diskriminierungen, die ein komplexeres Spektrum negativer Auswirkungen des Klimawandels auf die Beschäftigung und den Beruf von Frauen bewirken. (EL)

Anm.: Die Übersichtsseite der ILO-Policy Briefs „Just Transition“ scheint derzeit nicht abrufbar zu sein.

ILO (2016): [Guidelines for a just transition towards environmentally sustainable economies and societies for all](#)

## ILO: Geschlecht, Arbeit und gerechter Wandel

Im Folgenden wird das ILO-Policy Brief zu „Geschlecht, Arbeit und gerechter Wandel für alle“ genauer vorgestellt.

Frauen zählen vielfach zu den am meisten gefährdeten Arbeitnehmer\*innen, für die die negativen Auswirkungen des Klimawandels, der Verlust der biologischen Vielfalt und die Umweltzerstörung besonders akut sind, etwa in ländlichen Gebieten in Ländern mit niedrigem Einkommen, oder als Beschäftigte in der informellen Wirtschaft.

Die Klimakrise kann wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten wie die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern noch weiter verschärfen. Ja, klimapolitischen Maßnahmen selbst können unbeabsichtigte negative Auswirkungen auf Frauen haben, wenn man nicht gegensteuert.

Leider wird die geschlechtsspezifische Dimension bei grünen Arbeitsplätzen und die Notwendigkeit geschlechtsspezifischer Maßnahmen in Plänen und Strategien für „Just Transition“ noch nicht auf breiter Ebene anerkannt, geschweige denn verwirklicht.

Klare diesbezügliche Verpflichtungen und Formulierungen müssen daher systematisch in die nationalen Anpassungspläne und die nationalen Strategien und Aktionspläne für alle Bereiche einer Just Transition aufgenommen werden.

Ebenso muss die Klimafinanzierung die Gleichstellung der Geschlechter, die Vertretung und Stärkung der Frauen und die Förderung menschenwürdiger Arbeit für alle Frauen und Männer in der grünen und blauen Wirtschaft zum Tragen bringt.

Denn ohne Maßnahmen für eine gerechte ökologische Wende werden geschlechtsspezifische Berufsstereotypen vermutlich auch in einer grünen Wirtschaft fortbestehen und Frauen daran hindern, von den neu geschaffenen Arbeitsplätzen zu profitieren.

Darüber hinaus verschlimmert der Klimawandel die bestehende Pflege-Belastung,

verschlechtert den Zugang von Frauen zu Gesundheit und Sicherheit am Arbeitsplatz und hat weitere negative Auswirkungen auf den Zugang von Mädchen zu Bildung.

Daher muss sichergestellt werden, dass Frauen gleiche Teilhabe und Leadership bei allen Schritten der Klimapolitik und Klimaprogramme haben. Diese müssen auf gesicherter statistischer Information basieren und alle Ungleichheiten und Diskriminierungen in Betracht ziehen.

Die Beachtung der Gender-Dimension bei grünen Jobs sowie gender-spezifische Politik innerhalb der Just Transition-Pläne muss noch in großem Rahmen umgesetzt werden. Dabei soll die Klimafinanzierung die Länder unterstützen.

Vier der in den ILO-„Just Transition Guidelines“ dargelegten Politikbereiche sind für die Verwirklichung der Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeitswelt besonders relevant:

- Maßnahmen zur Qualifikationsentwicklung, um berufliche Segregation zu vermeiden, so dass Frauen und Mädchen in vollem Umfang von den neuen Beschäftigungsmöglichkeiten in einer grünen Wirtschaft profitieren können.
- Betreuungs- und Sozialschutzmaßnahmen, um das Wohlergehen von Frauen zu gewährleisten, angemessene Bedingungen für ihr Engagement auf dem Arbeitsmarkt zu schaffen und Geschlechternormen zu verändern.
- Maßnahmen zur Unternehmensentwicklung und zur Wahrung der Rechte am Arbeitsplatz, um ein optimales Unternehmensumfeld für menschenwürdige Arbeit und hochwertige Arbeitsplätze mit sicheren und gesunden Arbeitsbedingungen sowie Chancengleichheit und Gleichbehandlung zu gewährleisten. (EL)

ILO (2022): [Just Transition Policy Brief: Gender equality, labour and a just transition for all](#)

## **Inklusion von Menschen mit Behinderungen in einen gerechten Wandel**

Das Ziel sozialer Inklusion und „Leave no one behind“ ist entscheidend für die Idee eines gerechten Übergangs (Just Transition). Es ist

unerlässlich, Menschen mit Behinderung und ihre Bedürfnisse angemessen in eine neue Arbeitswelt einzubeziehen, um einen fairen Übergang sicherzustellen.

Ein „gerechter Übergang“ kann nicht wirklich gerecht sein, wenn die fortgesetzte Diskriminierung von Menschen mit Behinderung am Arbeitsplatz und die unverhältnismäßig negativen Auswirkungen der Klimakrise auf sie ignoriert werden.

Die Stärkung von Menschen mit Behinderung am Arbeitsplatz ist entscheidend, um ihre Beiträge zu nutzen, ihr Engagement im Kampf gegen die Klimakrise zu erhöhen und Klimaschutzmaßnahmen zu stärken.

Das Policy-Brief „Persons with Disabilities in a Just Transition to a Low-Carbon Economy“ der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO, 2019) enthält wichtige Empfehlungen für Regierungen, Unternehmen, Gewerkschaften, UN-Organisationen, NGOs und Entwicklungspartner\*innen, um die Einbeziehung von Menschen mit Behinderung in einen gerechten Übergang zu gewährleisten.

Dies kann durch Politiken, Strategien, Aktionspläne, Advocacy-Initiativen, Sensibilisierungskampagnen, Schulungsprogramme, die Förderung der Erhebung disaggregierter Daten, die Durchführung von Barrierefreiheitsmaßnahmen, die Zusammenarbeit mit Organisationen von Menschen mit Behinderung und vieles mehr erreicht werden.

Auf der anderen Seite zeigt die Veröffentlichung „Making the Green Transition Inclusive for Persons with Disabilities“ der Fundación ONCE und dem ILO Global Business and Disability Network (2023) klare Schritte auf, um Menschen mit Behinderung in Schlüsselsektoren einer „Green Economy“ für einen gerechten Übergang einzubeziehen.

Dieses Dokument liefert auch wichtige Daten zur Intersektionalität von Geschlecht und Behinderung und verdeutlicht, dass Frauen mit Behinderung am Arbeitsplatz zusätzlichen Barrieren und Diskriminierung ausgesetzt sind, einschließlich geschlechtsspezifischer Gewalt.

Es wird ausdrücklich empfohlen, in alle Bemühungen zur Inklusion von Menschen mit Behinderung in diese neuen „grünen“ Jobs eine Geschlechterperspektive einzubeziehen, da viele grüne Jobs traditionell für Männer konzipiert wurden und dies zusätzliche

Herausforderungen für Frauen mit Behinderung darstellt. (JPL)

ILO (2019): [Policy Brief. Persons with disabilities in a just transition to a low-carbon economy](#)

ONCE & ILO Global Business and Disability Network (2023): [Making the green transition inclusive for persons with disabilities](#)

### „Green jobs“ – Kommentar von Eva Lachkovics

Unter „green jobs“ versteht man vor allem technische Jobs, die traditionellerweise hauptsächlich an Männer vergeben werden. Wenn da nicht massiv gegengesteuert wird, werden diese „green jobs“ die Geschlechter- und Lohnsegregation am Arbeitsmarkt weiter verschärfen. Daher ist es einerseits notwendig, dass Mädchen und Frauen nicht nur in technischen Bereichen ausgebildet, sondern auch Vorurteile abgebaut werden, damit sie die entsprechenden Jobs auch bekommen können, und ihnen gleich viel wie Männern dafür bezahlt wird.

Andererseits ist es auch dringend notwendig, die Sorgeberufe und die unentgeltliche Arbeit von Frauen im Sorgebereich aufzuwerten. Sie sind auch „green jobs“. Denn ohne diese für die Gesellschaften so essenziellen Arbeiten können auch andere „green jobs“ nicht funktionieren. In diesen Bereichen braucht es bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen. Abgesehen davon müssen Männer in diesen Bereichen ebenso gefördert werden wie Frauen in den technischen Berufen. Zudem müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, die die Belastung von Frauen durch unbezahlte Sorgearbeit mindern, und durch die auch Männer einen Teil dieser Arbeiten übernehmen.

Ganz wichtig wäre auch, die Technikgläubigkeit etwas in Frage zu stellen. Es sind nicht nur technische Lösungen, die den Klimawandel bremsen können. Im Gegenteil, viele technische Neuerungen der letzten Zeit tragen zur Erderhitzung bei, zum Beispiel in der Landwirtschaft. Dabei könnten in der Landwirtschaft viele „green jobs“ geschaffen werden, die auch für Frauen leicht zugänglich sind. Vor allem ist es wichtig, das Wissen von Frauen über Pflanzensorten, Anbaumethoden, biologische Landwirtschaft, gesunde Ernährung und den Erhalt der biologischen Vielfalt zu nutzen und darauf aufzubauen. Frauen leisten sehr viel in der Landwirtschaft,

und das meist klimafreundlich. Das muss endlich anerkannt und remuneriert werden.

Diese und ähnliche Themenbereiche werden von der ILO zu wenig berücksichtigt. (EL)

### Green Jobs für Frauen in Afrika

In einem Policy Brief (2021) von UN-Women und der Afrikanischen Entwicklungsbank werden die Ergebnisse einer Studie von 2021 vorgestellt, die die Schaffung von Arbeitsplätzen im Rahmen des grünen Wandels in Subsahara-Afrika unter geschlechtsspezifischen Gesichtspunkten betrachtet. Es bewertet die Möglichkeiten für die Beteiligung von Frauen an grünen Jobs in Schlüsselsektoren und ermittelt politische Lösungen, um Barrieren zu überwinden und Beschäftigungsmöglichkeiten für Frauen in der *green economy* in Sub-Sahara Afrika zu fördern, unter anderem durch konkrete politische Empfehlungen.

Die Studie und der Policy Brief fokussieren sich stark auf Strategien, die Frauen und Mädchen den Zugang zu den hochproduktiven und gut bezahlten grünen Arbeitsplätzen (am oberen Ende der Hierarchie grüner Arbeitsplätze) und den Einstieg in von Männern dominierte Berufe ermöglichen sollen. Diese Empfehlungen und Ansätze sind wichtig, gleichzeitig muss aber einschränkend darauf verwiesen werden, dass der Policy Brief keine konkreten Vorschläge für eine stärkere Anerkennung und Wertschätzung der Care-Arbeit und Care-Jobs (z.B. in die Definition und Klassifizierung von „green jobs“) selbst inkludiert. Außerdem weisen die vorgeschlagenen neuen „grünen“ Wirtschaftsinstrumente starke Tendenzen zur Kommerzialisierung auf, die für den Kapitalismus von zentraler Bedeutung, aber im Hinblick auf nachhaltige Entwicklung und Gleichheit fragwürdig sind. (DP)

UN Women and African Development Bank (2021): [Green Jobs for Women in Africa](#)

### Neokoloniale Energiewende?

### „Grüner Extraktivismus“ in Südafrika

Die Frauen-Allianz WoMin im südlichen Afrika kritisiert das Aufkommen einer neuen Form des Extraktivismus und ein neues „Gerangel um Afrika“ im Namen der Bekämpfung des

Klimawandels und des Übergangs von fossilen Brennstoffen zu einer nachhaltigen Energiegewinnung.

Diese neue Variante eines „Extraktivismus“ umfasst für sie die Energieerzeugung durch „grünes“ Gas und grünen Wasserstoff, Megastaudämme, die Gewinnung von Metallen und Mineralien zur Unterstützung der Energieerzeugung und -speicherung, neue Technologien wie Elektroautos, sowie Komponenten, die für groß angelegte Solaranlagen und Windparks benötigt werden.

Der „grüne Extraktivismus“ gehe an den Entwicklungsinteressen und -bedürfnissen von Frauen und ihren Gemeinschaften in ganz Südafrika vorbei.

Elektrizität, die durch groß angelegte Projekte für erneuerbare Energien erzeugt wird, und die Energie, die aus grünen und anderen Wasserstoffprojekten gewonnen wird, würde angesichts privater Energiesysteme größtenteils den Konzernen und heimischen Eliten zugutekommen. Ein großer Teil des grünen Wasserstoffs soll zudem exportiert werden, um die Energiewende des globalen Nordens zu unterstützen.

Die rasche Ausweitung des Abbaus von Mineralien und Metallen für die technologiegetriebene Energiewende wird die Krise der ländlichen Gemeinden noch verschärfen, deren Lebensgrundlagen zerstört werden, ohne dass die betroffenen Menschen Entschädigungen erhalten. (CT)

WoMin (o.J.): [Resisting Green Extractivism in South Africa](#)

## Neokoloniales Gesicht der Energiewende in Nordafrika

Ähnlich wie WoMin für das südliche Afrika zeigt der algerischer Forscher und Aktivist, Hamza Hamouchene, auf, wie Extraktivismus und koloniale Strukturen bei der Energiewende in Nordafrika weiter bestehen.

Eine gerechte Energiewende, die armen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen zu Gute kommt, ist unter diesen Bedingungen fraglich.

Der Autor beschreibt einen „grünen Kolonialismus“ verbunden mit „green grabbing“, wobei es die grüne Agenda ist, die das „land-grabbing“ rechtfertigt. Die ungerechten Strukturen werden nicht

angetastet, wenn zum Beispiel ausgedehnte Solaranlagen und Windparks auf dem Land von Viehzüchter\*innen ohne ihre Zustimmung errichtet werden.

Auch die EU-Politik wird unter die Lupe genommen, die in erster Linie auf die eigene Energiesicherheit schaut, vor allem hinsichtlich der Reduzierung der Abhängigkeit von russischem Gas. Es wird aufgezeigt, wie die EU Gaslieferungen aus Algerien und anderen Ländern der Region inklusive LNG-Gas gesteigert hat, ohne Rücksicht auf eine eigenständige Energiewende in diesen Ländern. (ES)

Hamza Hamouchene (2023): [The Energy Transition in North Africa](#)

## Energie, Macht und die Energiewende

Unter dem Titel „Energy, Power and Transition“ erläutert das *Transnational Institute* (TNI) in einer über 100seitigen Studie, wie das auf Erdöl basierte Energiesystem den Kapitalismus und unsere geopolitische Ordnung geformt hat.

Die Finanzakteur\*innen, die diese Ordnung aufrechterhalten, werden benannt, sowie die Gefahren einer ungerechten Energiewende und die Möglichkeiten eigenständiger Transformation.

Zahlreiche Autor\*innen aus verschiedenen Ländern analysieren die jeweilige Situation und beschreiben die Umsetzung der Energiewende in ihrem spezifischen Kontext.

Themen sind unter anderem:

- die Finanzierung erneuerbarer Energie in Afrika,
- eine globale Energiekrise und Überlegungen dazu aus dem Libanon
- Geopolitik und Sri Lanka,
- Möglichkeiten für alternative Dekarbonisierung in Australien, Deutschland und Indien,
- Ecopetrol in Kolumbien – staatlich gelenkte Energiewende,
- autoritäre Energiewende im Mittleren Osten und Nordafrika (MENA), sowie
- Südafrika und die Forderungen der Zivilgesellschaft. (ES)

TNI (2024): [State of Power. Energy, Power and Transition](#)



## Mythen zur Energiewende

Das *Transnational Institute* und das globale gewerkschaftliche Netzwerk *Trade Unions for Energy Democracy* (TUED) setzen sich in einem Report mit weitverbreiteten Meinungen zum Thema „Energiewende“ auseinander, die sie als „Mythen“ entlarven. Es sind Diskurse, die darauf abzielen, uns davon zu überzeugen, dass der Privatsektor, freie Märkte, günstigere Preise und eine Dezentralisierung das Energiesystem dekarbonisieren können, und dass dafür geistige Eigentumsrechte sowie Handels- und Investitionsschutzabkommen notwendig sind.

Diese Mythen halten politische Entscheidungsträger, soziale Bewegungen und Gemeinschaften davon ab, für tatsächliche Lösungen einzutreten, sie aufzubauen und zu stärken: öffentliche, demokratisch kontrollierte Energiesysteme. (ES)

TNI & TUED (2023): [Energy Transition Mythbusters. Unpacking the 6 policy myths that threaten decarbonisation](#)

## Öffentliche Energieversorgung ist eine feministische Forderung

In einem Interview wird Irene HongPing Shen von TUED (*Trade Unions for Energy Democracy*), einem internationalen Gewerkschafts-Netzwerk von 93 Gewerkschaften aus 27 Ländern, zu Positionen zur Energiewende aus der Sicht von Arbeiternehmer\*innen befragt. Das Interview wurde von *Capire* geführt, einer 2021 gegründeten Medien-Plattform, die sich auf die Berichterstattung über feministische Kämpfe und Organisationsprozesse aus verschiedenen Regionen spezialisiert hat.

Im Interview erklärt Irene HongPing Shen die Analyse von TUED und die Herausforderung, die Beteiligung von Frauen an der Energiedebatte sicherzustellen und die feministische Perspektive in diesen Männerdominierten Sektor einzubringen. Im Grunde muss die neoliberale Energiepolitik in Frage gestellt und die Care Ökonomie berücksichtigt werden. TUED setzt sich ausdrücklich für eine gerechte Energiewende ein, welche als zentral für eine rechtsbasierte Klimapolitik betrachtet wird. Öffentliches Eigentum sowie demokratische Kontrolle sind dabei wichtige Komponenten. (ES)

Capire (15.11.2022): [Irene HongPing Shen: 'Public Ownership of Energy Is Part of a Feminist Platform'](#)

## Mobilität, Gesundheit

### Gendergerechte nachhaltige Mobilität

Die Herausgeberinnen Heisook Lee und Elizabeth Pollitzer sahen nach einer zweitägigen Diskussion im Rahmen des 19. Gender-Gipfels – Global for SDGs 2020, bei denen es um die ersten fünf Jahre der SDG-Umsetzung ging, die Notwendigkeit, die eine Studie durchzuführen, um die erzielten Fortschritte aus einer Gender-Perspektive zu beleuchten. Unter anderem ging es dabei auch um Transport und Mobilität und die Rolle des Verkehrs (S. 45-54) bei der Verwirklichung aller SDGs.

Die Analyse von 156 freiwilligen nationalen Berichten aus 143 Ländern hat jedoch ergeben, dass die Bedeutung des Verkehrs für SDG 5 (Geschlechtergleichstellung) weitgehend ignoriert wurde. Während Haushaltserhebungen die Ausgaben der Haushalte für Verkehrsmittel und den Besitz von Verkehrsmitteln erfassen, werden die Verkehrsausgaben und der Besitz oder die Nutzung von Verkehrsmitteln häufig nicht nach Geschlecht aufgeschlüsselt.

Verkehr muss jedoch als Mittel zum Zweck verstanden werden und nicht als Selbstzweck. Dies wird in den Berichten der Weltbank und des UNOPS-Berichts (2020) über Gender und Infrastrukturen sowie in der Fallstudie, die von den Gender- und Verkehrsexperten der Weltbank zu diesem Bericht beigetragen wurde, hervorgehoben: Die Vernachlässigung geschlechtsspezifischer Aspekte macht Verkehrsinfrastrukturen geschlechtsblind und benachteilige Frauen eindeutig.

Es gibt weltweit Belege dafür, dass das Mobilitätsverhalten von Frauen durch die Care-Ökonomie bestimmt wird. Frauen benutzen langsamere Verkehrsmittel und legen kürzere Entfernungen als Männer zurück.

Von Frauen geführte Haushalte sind im Durchschnitt ärmer als von Männern geführte Haushalte. Leistbare und vor allem sichere Verkehrsmittel spielen für sie also eine wichtige Rolle, vor allem hinsichtlich des Zugangs zu wirtschaftlichen Möglichkeiten und Gesundheitsversorgung.

Der Mangel an sicheren Verkehrsmitteln beeinträchtigt die Mobilität von Frauen stärker als die von Männern und schränkt

damit ihren Zugang zu Arbeitsplätzen und Märkten ein.

Der Beitrag listet verschiedene Fallbeispiele auf. So wird zum Beispiel aufgezeigt, wie der Zugang zu Transportdienstleistungen und gute Straßenverbindungen zu einer besseren Gesundheitsversorgung von Frauen führt. Dies trifft im Speziellen auf Schwangere zu, da vermehrt pränatale Beratung und eine Entbindung in Anwesenheit einer ausgebildeten Pflegekraft in Anspruch genommen werden können.

Gute und sichere Transportmöglichkeiten verbessern die Anwesenheit von Lehrer\*innen und Schüler\*innen. In vielen Fällen wurde festgestellt, dass die Auswirkungen auf den Bildungserfolg von Mädchen größer sind. Ebenso hat die Bereitstellung von Fahrrädern für Mädchen im ländlichen Indien die Einschulung in die Sekundarstufe deutlich verbessert sowie ihre Teilnahme an Tests und ihre Ergebnisse.

Thematisiert wird auch die die Beseitigung von sexueller Belästigung in öffentlichen Verkehrsmitteln wie zum Beispiel durch ein Sicherheitsaudits von öffentlichen Verkehrsstationen und öffentlichen Bereichen (Indien) oder durch Kampagnen und die Schulung von Busfahrer\*innen und Polizist\*innen (Mexiko).

Es gibt eine große Ungleichheit zwischen Stadt und Land: Frauen in ländlichen Gebieten haben oft keinen Zugang zu privaten motorisierten Verkehrsmitteln wie Autos, während Männer dieses Verkehrsmittel im Durchschnitt dreimal so häufig nutzen wie Frauen. Die vorherrschende Fortbewegungsart für Frauen in vielen ländlichen Gebieten ist nach wie vor das Gehen. Die Verbesserung der Fußgängerfreundlichkeit in ländlichen Gebieten würde daher Frauen überproportional stark zugutekommen.

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs und Fahrten mit hoher Auslastung sind wichtige Mittel, um den CO<sub>2</sub>-Fußabdruck des Verkehrssektors zu verringern. Da Frauen in der Regel stärker auf öffentliche Verkehrsmittel angewiesen sind, sollten Verkehrsunternehmen Frauen als Verbündete betrachten, um einen öffentlichen Verkehr zu schaffen, der für alle gleichermaßen gut funktioniert. (VB)

Lee et.al (December 2020): [Applying gender lenses to the interlinkages and synergies between SDGs. Making sure that Agenda 2030 will not leave women behind](#)

## Klimagerechtigkeit, Gesundheit sowie sexuelle und reproduktive Rechte

Um sicherzustellen, dass bei den Bemühungen um den Klimaschutz die soziale Gerechtigkeit im Vordergrund steht, müssen laut der jungen mexikanischen Feministin und Umweltschützerin Adriana García Gómez die politischen Entscheidungsträger\*innen erkennen, wie die strukturelle Ungleichheit die Verletzlichkeit von Frauen und Mädchen in der Klimakrise erhöht.

Sie warnt in ihrem Beitrag auf der Webseite *Open Global Rights*, dass Menschenrechtsverteidiger\*innen und -aktivist\*innen vorwiegend die biologischen, chemischen und physikalischen Aspekte des Klimawandels betrachten und dabei zu geschlechtsneutralen Positionen tendieren.

Frauen und Mädchen sind jedoch durch ihre soziale und politische schwächere Position einem größeren Klimarisiko ausgesetzt.

Extreme meteorologische Phänomene beeinträchtigen den Zugang von Frauen zu Trinkwasser für die persönliche Hygiene - einschließlich der Menstruation und humanitäre Krisen und erzwungene Vertreibung durch den Klimawandel können zu einem Anstieg der sexuellen und geschlechtsspezifischen Gewalt führen.

Der Anstieg der Luftverschmutzung und der Temperaturen kann zu Frühgeburten führen. Zunehmende Armut und Ernährungsunsicherheit wirken sich ebenfalls negativ auf die Gesundheit von Müttern und Neugeborenen aus.

Gómez schließt daraus, dass effektive Lösungen für die Herausforderungen der Klimakrise eine Gender- und Intersektionalitätsperspektive inkludieren müssen.

Zu entscheidenden Schritten gehören die Verbesserung der Datensysteme, um die differenzierten Auswirkungen des Klimawandels zu berücksichtigen und zu prognostizieren und Klimabudgets mit einer Geschlechterperspektive und Komponenten in Bezug auf sexuelle und reproduktive Gesundheitsrechte.

Die Publikation ist auch auf Spanisch verfügbar.

Zur Autorin: Adriana Gómez leitete die Initiative „Voices le youth: Auswirkungen des

Klimawandels auf sexuelle und reproduktive Gesundheitsrechte“. (VB)

Adriana García Gómez (2023): [Climate justice, health, and sexual and reproductive rights](#)

## Gender, Klimakrise und Konflikte

### Klima-Gender-Konflikt Nexus

Jessica M. Smith, Lauren Olosky und Jennifer Grosman Fernández zeigen in einem Artikel die komplexen Verbindungen zwischen Klimawandel, Gender und Konflikt. Sie betonen, dass der Klimawandel geschlechtsspezifische Auswirkungen hat und bestehende Geschlechterungleichheiten verschärft.

Frauen sind oft stärker von den Folgen des Klimawandels betroffen, da sie in vielen Gesellschaften für die Sicherung von Wasser, Nahrung, Energie und für weiter Care-Arbeit verantwortlich sind. Zugleich haben sie jedoch weniger Ressourcen und Entscheidungsbefugnisse, um sich an die veränderten Bedingungen anzupassen. Ein interessantes Beispiel war, dass Krankheiten wie Durchfall oder Chikungunya durch starke Regenfälle öfter vorkommen und Frauen somit mehr Zeit mit der Pflege von kranken Familienmitgliedern verbringen. All dies führt zu einem erhöhten Risiko für wirtschaftliche Unsicherheit, Migration, Konflikte und Gewalt.

Die Autorinnen unterstreichen die Bedeutung einer geschlechtersensiblen Herangehensweise an Klimapolitik und Konfliktprävention. Sie illustrieren dies anhand von Beispielen aus Neapel, Sudan und Kolumbien, die verdeutlichen, wie Geschlechterungleichheiten den Umgang mit Umweltveränderungen und Konflikten beeinflussen.

Ein zentraler Punkt ist die Idee der „Just Transition“, die darauf abzielt, den Übergang zu einer klimafreundlichen Wirtschaft auf eine gerechte und inklusive Weise zu gestalten. Um diesen Herausforderungen zu begegnen, plädieren die Autorinnen für eine stärkere Integration von Geschlechteraspekten in Klimaschutz- und Konfliktpräventionsstrategien. Dies erfordert eine umfassende Analyse der Geschlechterdynamiken in verschiedenen Kontexten sowie gezielte Maßnahmen zur Stärkung der Resilienz von Frauen und zur Förderung ihrer Teilhabe an

Entscheidungsprozessen sowie die Förderung von Bildung und Berufsausbildungen für Frauen in Bereichen mit Wachstumspotenzial im grünen Sektor. Durch eine ganzheitliche Herangehensweise können Klimaschutz- und Friedensbemühungen effektiver gestaltet und gleichzeitig die Geschlechtergerechtigkeit gefördert werden.

„Just Transition“ erfordert nicht nur die Schaffung von grünen Arbeitsplätzen, sondern auch die Berücksichtigung der geschlechtsspezifischen Auswirkungen dieses Übergangs. Es braucht eine umfassende Analyse der sozialen und ökonomischen Auswirkungen von Klimaschutzmaßnahmen, insbesondere in Bezug auf die Geschlechterdynamiken. Frauen sind oft in besonders verwundbaren Wirtschaftssektoren tätig, die durch den Übergang zu einer CO<sub>2</sub>-reduzierten Wirtschaft beeinträchtigt werden können. Dies gilt insbesondere für informelle Sektoren wie Landwirtschaft, Fischerei und Kleinunternehmen, in denen Frauen häufig überrepräsentiert sind.

In Neapel zeigt sich beispielsweise, wie die Schließung von Kohlekraftwerken und der Übergang zu erneuerbaren Energien zu Arbeitsplatzverlusten führen kann, insbesondere unter den Frauen, die in diesen Bereichen beschäftigt sind. Eine gerechte Transition erfordert daher gezielte Unterstützungsmaßnahmen für betroffene Gemeinschaften und Arbeitnehmer, um sicherzustellen, dass niemand zurückgelassen wird. (HA)

Georgetown Institute for Women, Peace and Security (2021): [The Climate-Gender-Conflict Nexus. Amplifying women's contributions at the grassroots](#)

### Gender, Konflikt und die Umwelt: Zusammenhänge im humanitären Völkerrecht

Ana Martin und Catherine O'Rourke haben sich damit beschäftigt, warum es dringend notwendig ist, das humanitäre Völkerrecht (HVR) um den Bereich Gender und Umweltschäden durch bewaffnete Konflikte zu ergänzen und somit zu verbessern.

Sowohl die Gleichstellung der Geschlechter als auch die Umwelt sind im HVR nicht gebührend berücksichtigt. Trotz Fortschritten in den letzten Jahrzehnten wird der Zusammenhang zwischen Geschlecht und Umwelt bei der rechtlichen Regelung bewaffneter Konflikte

bis heute weitgehend ignoriert. Die beiden vorliegenden Artikel stehen für Bemühungen, das zu ändern.

Die Autorinnen stützen sich auf empirische Analysen der Auswirkungen von bewaffneten Konflikten auf Haushaltsebene, die die geschlechtsspezifischen Betroffenheiten aufgrund der Ungleichheit zwischen den Geschlechtern deutlich machen. Eine wesentliche Rolle spielen dabei die gesellschaftlichen Rollen und Erwartungen, die Frauen, Mädchen, Männern und Burschen zugeschrieben werden.

Die Klimakrise wird zu 40% mit internen bewaffneten Konflikten in Verbindung gebracht. Sie führt aufgrund der Geschlechterrollen zu einer größeren Belastung für Frauen und Mädchen. Viele Frauen werden Witwen, damit mit weniger Geld allein verantwortlich für ihre Familien. Dazu kommen u.a. beispielsweise ein eingeschränkter Zugang zu Feuerholz und Wasser, längere Wege mit höherem Risiko für sexuelle Gewalt, Armut, Gesundheitsprobleme, Vertreibung, Schulabbrüche von Mädchen und frühe Heirat.

Die Auswirkungen von Konflikten – die sie in der Regel nicht verursacht haben – betreffen sehr stark Frauen und ihre Kinder:

- (1) Umweltverschmutzung durch Waffen,
- (2) Kontamination infolge von Angriffen auf chemische, pharmazeutische und Öl-Industrieanlagen,
- (3) militärische Zerstörung natürlicher Ressourcen, und
- (4) verschärfende Auswirkungen auf den Klimawandel wie etwa Deforestation.

So haben der Einsatz von „Agent Orange“ in Vietnam oder die Brände von Ölquellen im Golfkrieg die Gesundheit der Frauen unverhältnismäßig beeinträchtigt. Ein Anstieg von Fehlgeburten, Brustkrebs, Missbildungen bei den Babys, Atemwegserkrankungen wurden dokumentiert – alles verschlimmert durch Armut.

Als Konsequenz aus diesen Erkenntnissen wird in den beiden Artikeln eine geschlechtsspezifische Analyse von Umweltschäden vorgeschlagen, um die Maßnahmen des humanitären Völkerrechts zum Schutz der natürlichen Umwelt und der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten zu verbessern.

Die Vorsorgepflicht schreibt Konfliktparteien vor, einen Angriff nur dann durchzuführen,

wenn der „vorhersehbare“ zufällige (zivile) Schaden im Verhältnis zum konkreten und direkten militärischen Vorteil nicht übermäßig ist (Regel 7).

Die Einbeziehung einer geschlechtsspezifischen Analyse in die Umweltrisikobewertung des humanitären Völkerrechts würde die Qualität der Informationen verbessern, die für eine Überprüfung der „Vorhersehbarkeit“ notwendig sind. Die geschlechtsspezifische Diskriminierung muss dabei eine Schlüsselrolle spielen. Dieser Ansatz sollte auch in die Praxis der militärischen Handbücher zur Bewertung von Umweltschäden einfließen.

Auch bei der Bereitstellung humanitärer Hilfe (nach einem Angriff) muss das Humanitäre Völkerrecht eine geschlechtsspezifische Analyse von Umweltschäden vorsehen. Sie würde bei humanitärer Hilfeleistung die Berücksichtigung der unterschiedlichen Bedürfnisse von Frauen, Mädchen, Männern und Buben in Umweltkontexten entsprechend der Grundsätze der Menschlichkeit und Nichtdiskriminierung verbessern. Die Integration dieser Analyse in die Militärdoktrin und in die Interaktion zwischen Militär und Zivilisten ist zudem ein Ansatzpunkt für eine Strategie für einen nachhaltigen Frieden. (EL)

O'Rourke, Catherine & Martin, Ana (2023): [Gender, conflict and the environment: Surfacing connections in international humanitarian law](#)

## Nachlese

### WIDE & WIDE+: Vienna Report – Gender and Climate Justice

Am 2./3. Juni 2023 hat WIDE gemeinsam mit dem europäischen WIDE+-Netzwerk ein transnationales Training zu Gender- und Klimagerechtigkeit abgehalten. Eine Dokumentation (Englisch) des zweitägigen Workshops wurde erstellt.

Themen waren unter anderem: globaler Ressourcenverbrauch, klimabedingt erzwungene Migration, Frauen\*widerstand gegen Extraktivismus, gendergerechte Mobilität, Gender und Energie(-armut) und Frauen\* und Klimapolitik. Jetzt zum Nachlesen online!

WIDE+ (2024): [Transnational Training Report - Gender and Climate Justice](#)

---

## Glossar / Abkürzungen

**Biodiversität** – Artenvielfalt

**CCS** – Carbon Capture and Storage – Abscheidung und Speicherung von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>); Techniken zur dauerhaften Bindung und Verringerung des als Treibhausgas wirkenden CO<sub>2</sub> in der Atmosphäre.

**COP28** – 28. UN-Klimakonferenz der Unterzeichnerstaaten der UN-Klimarahmenkonvention

**Deforestation** – Entwaldung

**EGMR** – Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte

**Extraktivismus** – Ausbeutung von in der Erde lagernden Rohstoffen wie Erzen oder fossilen Energieträgern (Kohle, Öl, Gas)

**Gender-Responsive Just Transition** – Gerechter Wandel hin zu einer nachhaltigen (Energie-)Wirtschaft, bei dem zugleich die Geschlechtergleichstellung ein Ziel ist bzw. geschlechtsspezifische Bedürfnisse berücksichtigt werden.

**HVR** – Humanitäres Völkerrecht

**Just Transition** – Sozial gerechter Wandel hin zu einer nachhaltigen Wirtschaft; bzw. wird der Begriff oft enger gefasst und auf soziale Aspekte speziell im Kontext des Ausstiegs aus fossilen Brennstoffen in der Energieversorgung bezogen.

**Land-grabbing** – (Illegitime) Aneignung von Land

**LNG** – Liquefied Natural Gas / tiefkalt verflüssigtes Erdgas; Flüssig-Erdgas

**UNECE** – United Nations Economic Commission for Europe / Wirtschaftskommission für Europa der Vereinten Nationen

**Grüne Transition** – Übergang hin zu nachhaltiger Nutzung von Energie bzw. nachhaltigem Wirtschaften

**Intersektionalität** – Überschneidung bzw. Gleichzeitigkeit verschiedener Formen von sozialer Diskriminierung

**ILO** – Internationale Labour Organization / Internationale Arbeitsorganisation der Vereinten Nationen

**SDGs** – Sustainable Development Goals / UN-Ziele für nachhaltige Entwicklung (2021-2030)

**UNFCCC** – United Nations Framework Convention on Climate Change / UN-Klimarahmenkonvention

**UNIDO** – United Nations Industrial Development Organization / UN-Organisation für industrielle Entwicklung

**UN WOMEN** – Organisation der Vereinten Nationen für Frauenrechte

## Gendergerechte Schreibweise

*WIDE strebt an, eine gendergerechte, inklusive Sprache zu verwenden.*

*Im WIDE-Update wird der Asterisk \* folgendermaßen verwendet:*

*a) für einen gender-inklusiven Plural, der alle Geschlechter umfasst (z.B. „Freund\*innen“), und*

*b) wenn trotz der Bezugnahme auf ein Geschlecht (im Singular oder Plural) Geschlechtervielfalt inkludiert oder hervorgehoben werden soll (Frau\*/Mann\*; Frauen\*/Männer\*; Freundinnen\*/Freunde\*).*

*Wird hingegen auf binäre Geschlechterrollen und -Normen (Mann/Frau) Bezug genommen, oder bei Verweisen auf Texte (etwa Rechtstexte), die auf einer binären Geschlechterkonstruktion basieren, wird in der Regel kein Asterisk verwendet.*

Gefördert durch die



---

## Impressum

WIDE - Entwicklungspolitisches Netzwerk für Frauenrechte und feministische Perspektiven

Margaretenstr. 166/2.Stock/218-221, 1050 Wien , Tel: (++43-1) 317 40 31

[office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at) [www.wide-netzwerk.at](http://www.wide-netzwerk.at) ZVR-Zahl: 626905553

**Redaktion:** Claudia Thallmayer (CT)

**Mitarbeit:** Hannah Angerbauer (HA), Verena Bauer (VB), Eva Lachkovics (EL), Daniela Pfeffer (DP), Jennifer Pitter-López (JPL), Edith Schnitzer (ES)

© WIDE Free use under Creative Commons (cc BY-NC-SA 4.0)

**WIDE-Update 1/2024**, Just Transition – Klimakrise und gerechter Wandel: Leave no woman behind!, Mai 2024

Bestellung und Abbestellung des WIDE-Updates unter: [office@wide-netzwerk.at](mailto:office@wide-netzwerk.at).

Datenschutzerklärung: <https://wide-netzwerk.at/datenschutzhinweise/>